

# 3.

---

## Akzente eines neuen Grundsatzprogramms Ein Beitrag der Mitglieder der »Redaktionsgruppe Programmkommission« der SPD, Berlin, 6. November 2003

### 1. Antworten auf die neuen Herausforderungen

Wir schreiben ein neues sozialdemokratisches Grundsatzprogramm vor dem Hintergrund der Globalisierung nicht nur der Ökonomie, sondern auch der Medien, der Informationen und Kultur. Sie greift mehr und mehr in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ein. Die wechselseitige Durchdringung von globaler Ökonomie, Weltgesellschaft und Weltkultur hat aber erst begonnen. Deshalb kommen wir nicht daran vorbei, vorausschauend nach »globalisierungsfähigen« Antworten zu suchen, die eine gerechte, solidarische und demokratische Gesellschaft auch in Zukunft möglich machen.

Folgende Anforderungen stellen sich daher an ein neues Programm:

1. Wir brauchen einen theoretisch wie praktisch weiter reichenden Ansatz zur Formulierung sozialdemokratischer Politik als den Nationalstaat und seine Institutionen. Einen an die globalen Herausforderungen anschlussfähigen sowie strategisch fruchtbaren Ansatzpunkt bietet die Frage nach »öffentlichen Gütern«, auf deren Gewährleistung politisches Handeln zielt. Grundlegende Güter, wie Sicherheit, Nachhaltigkeit oder finanzielle Stabilität, lassen sich künftig auf nationaler Ebene allein nicht mehr erbringen. Sie bedürfen der internationalen Kooperation. Für Deutschland ist vor allem die Europäische Union ein Rahmen solcher Kooperationen. Weil der Staat der Motor und Garant, aber nicht immer der Erbringer öffentlicher Güter ist, müssen auch die staatlichen Kooperationen auf lokaler, regionaler und globaler Ebene der Gesellschaft Handlungsräume eröffnen und notwendige Ressourcen gewährleisten.

2. Wenn wir die ausreichende Gewährleistung öffentlicher Güter strategisch in den Mittelpunkt sozialdemokratischer Gerechtigkeitspolitik stellen – über den Sozialstaat und seine Leistungen hinaus –, holen wir die Menschen dort ab, wo sie mit den praktischen Problemen des Lebens konfrontiert werden. Soziale Gerechtigkeit ist ein allgemeines öffentliches Gut, das durch eine ganze »Infrastruktur« von konkreten öffentlichen Gütern gewährleistet wird. Ausgehend von den Bedürfnissen der Menschen, müssen wir danach fragen, was die nötigen privaten und öffentlichen Mittel eines guten Lebens sind, die Grundlagen für individuelle Freiheit und Chancengleichheit.
3. Ein Maß für innergesellschaftliche Verteilungsgerechtigkeit sind mehr und mehr konkrete Beteiligungs- und Teilhabemöglichkeiten. Ein Grundsatzprogramm der SPD muss nicht nur Aussagen über den Umfang und die Qualität der öffentlichen Güter machen, sondern zeigen, dass der angestrebte Wohlstand ökonomisch realisierbar und damit auch die Güter finanzierbar sind. Dies ist möglich, weil die meisten öffentlichen Güter volkswirtschaftlich Infrastrukturgüter sind, die der Wirtschaft zugute kommen, indem sie Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsvermögen und Mobilität steigern, sowie die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen, die wachsende ökonomische Relevanz bekommt. Wir sehen in diesen Faktoren den Schlüssel für eine moderne Wachstumsstrategie. Sie setzt nicht nur bei der Angebotsseite des Arbeitsmarktes und des Standortes an, sondern bezieht auch diejenigen Standort- und Leistungsfaktoren ein, die nur durch öffentliche Güter gestärkt werden, wie die Kooperationsbereitschaft der Menschen und eine nicht kommerziell eingeengte Kreativität. Sie führen in eine höhere Qualität des Wachstums.
4. Der Grund dafür, dass die Sozialdemokratie die Bewahrung und die Bereitstellung öffentlicher Güter in den Mittelpunkt ihrer Programmatik stellen muss, ist die Bedeutung öffentlicher kultureller und sozialer Güter für die Demokratie. Eine humane Gesellschaft ist nur möglich, wenn diese ausreichend und in großer Vielfalt bereitgestellt werden. Eine demokratische Gesellschaft braucht den kulturellen und sozialen Zusammenhalt, den diese schaffen, und das Kooperationsgefüge, das zu einer lebendigen Zivilgesellschaft gehört.

## 2. Grundwerte

Der Auftrag des Bundesparteitages von 1999, das Grundsatzprogramm der SPD zu »überarbeiten und neu zu formulieren«, steht unter der Vorgabe, dass die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität »Maßstab und leitende Prinzipien unserer Politik« bleiben. Für das sozialdemokratische Verständnis dieser Grundwerte gilt das, was im Berliner Programm formuliert wurde.

Die Würde des Menschen ist Ausgangs- und Zielpunkt unseres Handelns. Die SPD spricht alle Menschen als selbstbewusste Akteure ihres eigenen Lebens an, die genau darin unvertretbar sind, ihr eigenes Leben selbst zu bestimmen und zu leben. Zugleich und in gleichem Maße sind sie gesellschaftlich gebundene Akteure, vor allem dadurch, dass ihre Chancen und Ressourcen gesellschaftlich bestimmt sind, sie also in sozialen Zusammenhängen leben. Deshalb müssen die gesellschaftlichen Zusammenhänge so gestaltet werden, dass sie gleiche Beteiligungsrechte für alle garantieren, dass alle gleichberechtigt die Handlungsräume mitgestalten können.

In unserem neuen Grundsatzprogramm werden wir daher sowohl ein ökonomisch-liberalistisches, als auch ein auf staatliches Handeln verengtes Gerechtigkeitsverständnis vermeiden. Was in demokratischen Gesellschaften zunächst und vor allem im politischen Bereich gilt, dass Einschränkungen der Freiheit nur zu rechtfertigen sind, wenn sie zur Verwirklichung der Freiheit aller notwendig sind, soll prinzipiell auch in allen anderen Bereichen unserer Gesellschaft bestimmend werden. Das Prinzip der gleichen Freiheit, zu dem untrennbar das Prinzip der gleichen Verantwortung gehört, erfordert gleiche Beteiligungsrechte, die gerechte Verteilung und eine gerechte *Teilhabe* aller am gesellschaftlichen Reichtum.

Deshalb sollte sich die SPD den Fragen der sozialen Gerechtigkeit besonders unter dem Gesichtspunkt der Beteiligungsgerechtigkeit stellen. Beteiligungsgerechtigkeit hat eine gerechte Verteilung des gemeinsam erwirtschafteten gesellschaftlichen Reichtums zur notwendigen Voraussetzung. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen den Bedarf decken können, um gleiche Beteiligungsrechte auch gleichermaßen verwirklichen zu können. Es ist unser Ziel, dass nicht Personen oder Personengruppen auf Grund höherer Einkommen oder Vermögen außerordentliche Einflussmöglichkeiten aufbauen und dadurch die Beteiligungsmöglichkeiten anderer beschädigen können.

### 3. Das Prinzip allgemeiner und gleichberechtigter Beteiligung

Innerhalb der SPD besteht ein breiter Konsens, sozialdemokratische Politik grundsätzlich vom *Prinzip der allgemeinen und gleichberechtigten Beteiligung* her zu bestimmen. Deshalb plädieren wir dafür, das neue Grundsatzprogramm auf dieser normativen Grundlage auszuarbeiten und so die sozialdemokratische Programmatik fortzuschreiben.

Das *Prinzip allgemeiner und gleichberechtigter Beteiligung* findet unter Sozialdemokraten verschiedene Begründungen und Auslegungen: vom »Dritten Weg«, der die sozialmoralischen Voraussetzungen allgemeiner Beteiligung, die Freiheiten und Chancen, wie die Pflichten der Menschen hervorhebt, über »Soziale Demokratie«, die die gesellschaftlichen und verteilungsbezogenen Voraussetzungen allgemeiner Beteiligung konkretisiert, bis zum »Demokratischen Sozialismus«, der auf eine kontinuierliche Ausweitung gleichberechtigter Beteiligung auch auf die wirtschaftlichen Bereiche der Gesellschaft zielt. Diese Leitideen heben unterschiedliche Aspekte einer beteiligungsorientierten Politik hervor, die den Horizont sozialdemokratischer Politik umfassend abstecken. Deshalb müssen sie prägender Bestandteil eines neuen Grundsatzprogramms sein. »Demokratischer Sozialismus« ist nicht nur ein Schlüsselbegriff unserer Geschichte, sondern er bündelt auch Hoffnungen, Zukunftsvorstellungen und Orientierungen der Sozialdemokratie heute.

Mit einem vom *Prinzip allgemeiner und gleichberechtigter Beteiligung* her begründeten Grundsatzprogramm kann die SPD an ihre Tradition der Ausweitung demokratischer Mitbestimmung anknüpfen (»Mehr Demokratie wagen«). Darin unterscheiden sich Sozialdemokraten von Konservativen, die eine Gesellschaft allgemeiner und gleichberechtigter Beteiligung scheuen, oder Wirtschaftsliberalen, die die sozialen Kosten einer solchen Gesellschaft nicht aufbringen wollen. Eine beteiligungsorientierte Programmatik ist anschlussfähig für die große Mehrheit der gesellschaftlichen Akteure – und damit ein stabiles Fundament gesellschaftspolitischer Kooperationen.

Eine vom *Prinzip der allgemeinen und gleichberechtigten Beteiligung* her konzipierte Programmatik ist zwar chancenorientiert, macht aber nicht das Prinzip gleicher Chancen zum alleinigen Maßstab sozialdemokratischer Politik. Zwar müssen wir in vielen Bereichen unserer Gesellschaft, vor allem im Bereich Bildung und Ausbildung, Chancengleichheit durchsetzen. Doch die Forderung nach gleichen Rechten und Möglichkeiten der gesellschaftlichen Beteiligung besteht als dauerhafte Verpflichtung zwi-

schen den Bürgerinnen und Bürgern und verträgt sich daher nicht mit der Vorstellung lediglich gleicher Startchancen, auf deren Grundlage alle Menschen ihres eigenen Glückes Schmied und deshalb von wechselseitigen Verpflichtungen befreit sind.

#### 4. Öffentliche Güter und kooperativer Staat

Die Bundesrepublik ist heute im historischen wie im internationalen Vergleich eine reiche Gesellschaft – mit großen Lebenschancen für die meisten der in ihr lebenden Menschen. Die diesen Reichtum ausmachenden Güter und Dienstleistungen werden zumeist privat erstellt und angeeignet. Dem weiterhin wachsenden privaten Konsum steht ein öffentlicher Konsum gegenüber, der über die Jahre hinweg rückläufig und im Vergleich mit dem privaten unterentwickelt ist.

Fehlende, unzureichende oder qualitativ schlechte öffentliche Güter können aber nicht immer und schon gar nicht von allen durch privaten Konsum kompensiert werden. Damit werden Lebens- und Zukunftschancen von vielen Menschen beeinträchtigt. Die Chancen zur gesellschaftlichen Beteiligung werden ungleich verteilt. Auch die Chancen der kommenden Generationen werden beeinträchtigt, wenn die notwendigen Investitionen in den Bereichen von Kindererziehung und Bildung, für den Erhalt der natürlichen Ressourcen dieser Gesellschaft oder für die Infrastruktur nicht getätigt werden.

Um den Wohlstand der in der Bundesrepublik lebenden Menschen zu verbessern und deren Chancen auf gesellschaftliche Beteiligung gerechter zu verteilen, aber auch um die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft zu steigern und deren strukturelle Krise zu überwinden, muss der Bereich der öffentlichen Güter strategisch entwickelt werden. Zugleich ist das Konzept der öffentlichen Güter notwendig, um den kulturellen Pluralismus und damit den fruchtbaren Boden für eine gedeihliche gesellschaftliche Entwicklung zu erhalten. Weil das gesellschaftlich und volkswirtschaftlich vernünftig ist, ist die SPD gefordert, sich für ein neues Zeitalter öffentlicher Güter zu engagieren und als deren Wegbereiter zu profilieren.

Wenn die Sozialdemokraten den Bereich der öffentlichen Güter politisch forcieren wollen, müssen wir der neoliberalen Vision vom schlanken Staat widersprechen. Öffentliche Güter sind zwar keineswegs staatliche Güter, sie sind aber nicht ohne staatliche Aktivitäten in modernen Gesellschaften möglich.

Wir wollen eine grundlegende Modernisierung des Staates und seiner Institutionen. Ihnen obliegen vor allem die Aufgaben, die

- zur Bereitstellung dieser Güter notwendigen Mittel aufzubringen oder sie im notwendigen Umfang anzuregen, wenn er diese nicht selbst erbringt;
- den gleichberechtigten Zugang zu den öffentlichen Gütern sicherzustellen sowie deren hinreichende Qualität zu kontrollieren.

In Deutschland hat sich über Jahrzehnte hinweg ein Mischsystem aus staatlichen, gesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Produzenten öffentlicher Güter entwickelt und bewährt. Diese Entwicklung bestimmt unser Bild von einem *kooperativen Staat*, der – demokratisch kontrolliert – seine Aufgaben in Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen sowie privatwirtschaftlichen Akteuren erfüllt, dabei diesen die notwendige Unterstützung gibt und Entwicklungsmöglichkeiten gewährt.

Ein *kooperativer Staat* ist kein starker Staat, da er zu Erfüllung seiner Aufgaben auf nichtstaatliche Kooperationspartner angewiesen ist. Er ist aber auch kein schwacher Staat, da er in diesem Kooperationsverhältnis die Macht haben muss, die notwendigen Finanzmittel gesellschaftlich einzufordern und den Umfang und die Qualität der Leistungen zu kontrollieren. Dadurch braucht er einen entsprechenden Teil des verfügbaren Volkseinkommens, führt diesen aber dem öffentlichen Konsum zu und wirkt so produktiv und volkswirtschaftlich dynamisch.

Die Sozialdemokratie hält auch weiterhin das Prinzip der Leistungsfähigkeit für wohl begründet und für eine gerechte Aufbringung der öffentlichen Ausgaben geeignet. Auch eine hohe Transparenz bei Steuern und Beiträgen ist eine Forderung der Gerechtigkeit. Andererseits darf ein kooperativer Staat nicht die Steuerungsmöglichkeiten aus der Hand geben, seine politischen Zielstellungen mit Hilfe differenzierter Steuer- und Beitragssätze den gesellschaftlichen, vor allem aber den privatwirtschaftlichen Akteuren gegenüber durchzusetzen. Der *kooperative Staat* findet seine gesellschaftliche Akzeptanz durch effektive Nutzung seiner Einnahmen, durch ein Angebot an qualitativ hochwertigen öffentlichen Gütern und Dienstleistungen sowie durch eine gerechte Verteilung der notwendigen Belastungen.

## 5. Soziale Demokratie und Wirtschaftsdemokratie

Die Bundesrepublik hat sich über die Jahrzehnte hinweg zu einer stabilen demokratischen Gesellschaft entwickeln können. Wurden zunächst die auf den Staat bezogenen Bereiche demokratisch geordnet und dadurch an die Souveränität der Bürgerinnen und Bürger gebunden, so wurden mit unseren Reformen zunehmend auch andere Bereiche, wie etwa Schule und Hochschule oder die Betriebe, stärker demokratisiert. Für diese Ausweitung der Demokratie haben sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unter Willy Brandt unter dem Motto »Mehr Demokratie wagen« engagiert.

Nur in einer demokratischen Gesellschaft lässt sich unser Ziel allgemeiner und gleichberechtigter Beteiligung verwirklichen. Deshalb setzen wir das Projekt »Mehr Demokratie wagen« auch im 21. Jahrhundert fort. Wir sehen uns gefordert, die politischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger auszubauen sowie deren materielle Voraussetzungen zu gewährleisten. Dabei halten wir insbesondere die demokratische Kontrolle der marktwirtschaftlich verfassten Ökonomie gerade wegen der Globalisierung für notwendig und erweiterungsfähig.

### *Soziale Demokratie*

Demokratische Gesellschaften werden von der Idee allgemeiner und gleichberechtigter Teilhabe her geordnet. Dazu wird zunächst der Staat, dann auch andere gesellschaftliche Bereiche an öffentliche Entscheidungsprozesse gebunden. Bürgerinnen und Bürgern werden gleiche Mitwirkungsrechte eingeräumt.

Mit der Gewährung gleicher Rechte ist es aber nicht getan, da gleiche Rechte auch gleichberechtigt verwirklicht werden müssen. In einer demokratischen Gesellschaft haben daher gleiche Rechte auch gesellschaftliche Voraussetzungen, zu denen nicht zuletzt die gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum sowie eine Verringerung der sozialen Ungleichheiten gehört. So wie sich die Bürgerinnen und Bürger nur über den Rechtsstaat gleiche Rechte der Beteiligung zusprechen können, so brauchen sie den Staat auch dazu, die gesellschaftlichen, zumal die verteilungsbezogenen Voraussetzungen dieser Rechte zu gewährleisten.

Unser Sozialstaat ist, wie auch der Rechtsstaat, eine »Geschäftsgrundlage« der Demokratie, wenngleich er dazu – wie übrigens auch der Rechts-

staat – immer wieder modernisiert werden muss. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begreifen daher den Staat nicht in konservativer Manier als Spitze der Gesellschaft, aber auch nicht in liberaler Weise als eine Art Dienstleister seiner Bürgerinnen und Bürger. Wir bestimmen vielmehr den Staat in erster Linie als ein Instrument der Bürgerinnen und Bürger, die eigene Gesellschaft nach Gemeinwohl zu bestimmen. Den Sozialstaat messen wir auch daran, ob er seine Aufgabe, die materiellen Voraussetzungen gleicher Beteiligungsrechte zu gewährleisten, erfüllt.

Soziale Demokratie heißt für uns nicht nur, die gesellschaftlichen Voraussetzungen der Demokratie immer wieder zu gewährleisten, sondern auch, sich für die Ausweitung der Demokratie über den auf den Staat bezogenen politischen Bereich hinaus in allen Bereichen der Gesellschaft zu engagieren. Dabei wissen wir, dass nicht überall die gleichen Regeln gelten müssen, um die Souveränität von Bürgerinnen und Bürgern zu stärken. Bei der weiteren Demokratisierung dieser Gesellschaft geht es daher nicht um die Ausweitung des im Bereich des Staates bewährten Regelwerks, sondern darum, jeweils passende Regelwerke zu finden.

### *Wirtschaftsdemokratie*

Die privat- und marktwirtschaftliche Ordnung und die demokratische Ordnung von Gesellschaft und Staat orientieren wir an der gleichen Freiheitsidee. Gleichwohl stehen privatwirtschaftlich verfasste Volkswirtschaft und demokratische Gesellschaft in einer Spannung, die wir durch das demokratische Prinzip allgemeiner und gleichberechtigter Beteiligung aufzulösen suchen. Diesen Weg der SPD zu mehr Wirtschaftsdemokratie setzen wir auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts fort. Wir müssen ihn jedoch angesichts veränderter Bedingungen neu bestimmen.

Für uns heißt *Wirtschaftsdemokratie*, dass die

- Bürgerinnen und Bürger ihren Status auch als Konsumenten sowie als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausfüllen können und
- privatwirtschaftliche Aktivitäten am gesamtgesellschaftlichen Interesse ausgerichtet werden, ohne deren Dynamik zu schwächen.

Beide Wege der Wirtschaftsdemokratie werden in der Bundesrepublik Deutschland längst beschritten. Auf beiden Wegen wurde bereits viel erreicht. Im Konzept der »Sozialen Marktwirtschaft« wurde die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Kontrolle der privatwirtschaftlich verfassten Volkswirtschaft anerkannt und entsprechende Steuerungsinstrumente ge-

schaffen. Insbesondere wurden die Arbeitsbeziehungen sowohl auf betrieblicher wie auf unternehmensbezogener und überbetrieblicher Ebene geregelt – und zwar nicht allein durch staatliche Vorgaben, sondern ebenso durch vertragliche Regelungen. Die Machtverhältnisse in den Betrieben und Unternehmen wurden zwischen den beiden Parteien des Arbeitsmarktes so geordnet, dass sie sich als Vertragsparteien annähernd gleichberechtigt gegenüberstehen und Verträge aushandeln können.

Auf dem weiteren Weg zu mehr Wirtschaftsdemokratie müssen vor allem drei Herausforderungen bewältigt werden:

- *Erstens* sind es die gewachsenen Ansprüche der einzelnen auf eine verantwortliche Teilhabe auch in ihrem Arbeitsleben.
- *Zweitens* ist es der Versuch, im Zuge des globalen Strukturwandels und der Internationalisierung privatwirtschaftlicher Aktivitäten sich der gesellschaftlichen Kontrolle zu entziehen – und mehr noch: deren Einfluss auf politische Entscheidungen und gesellschaftliche Entwicklungen zu verstärken.
- *Drittens* droht die Entwicklung hin zu einem ungehemmten »Finanzkapitalismus«, in dem der Einfluss der Geldbesitzer auf die Betriebe und Unternehmen und darüber auch ihr gesellschaftlicher Einfluss übermächtig und die bereits erreichte Teilung von wirtschaftlicher Macht untergraben und die Entwicklung von mehr Wirtschaftsdemokratie unmöglich wird.

Angesichts dieser Herausforderungen halten wir es für notwendig, die Beteiligungs- und Autonomieansprüche der Menschen zu erweitern und in entsprechende Rechte und Pflichten zu übersetzen. Dies betrifft etwa die Rechte von Konsumenten gegenüber den Anbietern privater Güter und Dienstleistungen, aber auch die der Konsumenten öffentlicher Güter. Und es geht um die Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten von Beschäftigten in ihren Betrieben und Unternehmen. Notwendig sind weiterhin kollektive soziale Organisationen, über die die einzelnen ihre Rechte organisieren und ihre Einflussmöglichkeiten bündeln können. Das sind vor allem die Gewerkschaften als Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wichtige Elemente der bereits etablierten Wirtschaftsdemokratie sind die Tarifautonomie und Mitbestimmung. Beide Instrumente haben sich in der Geschichte der Bundesrepublik bewährt. Deshalb verteidigen wir sie ausdrücklich gegenüber konservativen und wirtschaftsliberalen Angriffen. Die Autonomie der Sozialpartner bei der Aushandlung kollektiver Arbeitsverträge, d.h. der Schutz entsprechender Verhandlungen vor staatlichen

Auflagen und mehr noch die staatliche Anerkennung der Verhandlungsergebnisse, sichern wirtschaftlich vernünftige und gleichzeitig gesellschaftlich akzeptierte Bedingungen der Arbeit. Über die Mitbestimmung werden die Beteiligungsrechte der Beschäftigten auf eine transparente Weise geregelt. Diese Beteiligungsrechte müssen den veränderten Bedingungen, etwa der zunehmenden tarifpolitischen Verantwortung der Betriebsparteien, angepasst werden. Wir sehen deshalb die Notwendigkeit, die Mitbestimmung in Deutschland weiterzuentwickeln und dabei auszubauen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten für den Ausbau der europäischen Schutzrechte und Beteiligungsmöglichkeiten ein. Über die Europäische Union muss eine Europäisierung der Mitbestimmung betrieben werden. Die EU ist ein wichtiger Motor der Internationalisierung privatwirtschaftlicher Aktivitäten. Umgekehrt muss die Union der europäischen Staaten auch zu einem wirkmächtigen Instrument gemacht werden, privatwirtschaftliche Aktivitäten in soziale und gesellschaftliche Vorgaben einzubinden.

Unser Weg zu mehr Wirtschaftsdemokratie berührt nicht die gegebenen Eigentumsrechte. Das Recht, privates Eigentum nach eigenem Interesse einzusetzen und dadurch Gewinne zu erzielen, wird weder durch die Teilung von wirtschaftlicher Macht noch durch gesellschaftliche Auflagen für privatwirtschaftliche Aktivitäten beschränkt. Im Gegenteil: Wir sehen dazu auch einen Beitrag, für alle mehr Eigentum und Vermögen zu bilden.

Der Entwicklung hin zu einem »Finanzkapitalismus« kann nur durch internationale Kooperation begegnet werden. Für die Europäische Union sehen wir darin eine ihrer größten Aufgaben. Durch eine entsprechende Ordnung der Finanzmärkte ist die Macht der Betriebe und Unternehmen zu stärken, sich der kurzfristigen Interessen der Anteilseigner zugunsten eigener Innovations- und Investitionsinteressen zu erwehren. Überdies muss die Stabilität der Finanzmärkte gestärkt werden, um die Gewinnmöglichkeiten von Aktivitäten zu verringern, die Krisen und Instabilitäten nutzen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten drängen auf eine breitere Streuung von Vermögen in den Händen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, um sie auf diesem Wege nicht nur am wirtschaftlichen Wachstum, sondern auch an der Verfügungsmacht zu beteiligen. Auf diesem Weg können nur langfristig Erfolge erzielt werden. Neben einer breiteren Streuung der Vermögen setzen wir auch darauf, Eigentumsrechte und Verfügungsgewalt über das Vermögen zwischen Vermögensbesitzern

und den von ihren Entscheidungen Betroffenen, also mit dem so genannten »Stakeholder«, stärker zu teilen.

## **6. Nachhaltigkeit: Kooperation und qualitativer Wettbewerb im Interesse der Zukunft**

Das Ziel Nachhaltigkeit steht in der Tradition sozialdemokratischer Reformideen. Es bezieht die Zukunftsfragen in die Gegenwartsentscheidungen ein. Es sieht in Solidarität und gemeinsamer Verantwortung entscheidende Grundlagen der Moderne.

Nachhaltigkeit erweitert die Entscheidungen in Politik und Wirtschaft um eine zeitliche Perspektive und knüpft sie an qualitative Bedingungen und wirtschaftliche Effizienz. Durch seine weiterreichenden Perspektiven eröffnet die Ausrichtung auf eine nachhaltige Entwicklung den Spielraum für grundlegende Veränderungen, die wir in einer Welt brauchen, in der ein rationaler Umgang mit den begrenzten Ressourcen und der Abbau sozialer Ungleichheiten entscheidende Zukunftsaufgaben sind.

Ökonomisch ist eine ökologische Orientierung von Produktion und Konsum ein Hebel für die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und für ein dauerhaftes Fortschrittsmodell. Praktisch stößt diese Einsicht auf Widerstand, weil sie Veränderungsbereitschaft in den Wirtschafts- und Konsumweisen der Industriegesellschaften voraussetzt und als Belastung für die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft abgetan wird. Ebenso wie die soziale Einbettung der Wirtschaft in den letzten fünf Jahrzehnten auch ökonomisch vorteilhaft war, können heute ökologische Vorgaben zum Motor grundlegender Modernisierungsprozesse werden. Der technische und soziale Fortschritt muss dafür nicht verlangsamt, sondern umgeleitet werden. Der Umbau zur Nachhaltigkeit, der die tatsächlichen Kosten der Produktionsweisen schrittweise berücksichtigt, fördert wirtschaftliche und technische Innovationen für angepasste und effiziente Verfahren und Produkte.

Eine Stärke dieses Prinzips sind die gemeinsamen Perspektiven, die es für die Wirtschaften und Gesellschaften mit sehr unterschiedlichen Traditionen und Gegebenheiten eröffnet, weil es verschiedene Akteure durch das gemeinsame Ziel und die gemeinsamen Regeln auf die unterschiedlichsten Wege schickt. Die Ziele Effizienz und Konsistenz können mit unterschiedlicher Priorität entsprechend der spezifischen Möglichkeiten vor Ort, also dezentral und verbrauchsnahe, angestrebt werden.

Mit der Umsetzung der Nachhaltigkeit kann überall und sofort begonnen werden. Nachhaltigkeit motiviert die Menschen, sich für die Erneuerung der Gesellschaft einzusetzen und sie mitzugestalten, denn sie legt einen Schwerpunkt auf Bürgerbeteiligung und Mitgestaltung. Sie eröffnet Handlungsspielräume zwischen den Ebenen – nach unten zur Kommune oder im Unternehmen wie nach oben zur Europäischen Union oder den Vereinten Nationen.

Nachhaltigkeit ist eine zeitgemäße Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Dafür muss die Europäische Union dieses Konzept mit der notwendigen Konsequenz verfolgen. Ein erster strategischer Reformschritt wäre ein Bündnis von Arbeit und Umwelt, um einerseits die Ressourcenabhängigkeit drastisch zu verringern und andererseits die Produktivität der Wirtschaft vom Faktor Arbeit auf die Steigerung der Produktivität beim Einsatz von Energie und Rohstoffen zu verlagern. Damit würde es möglich, zwei zentrale Fundamente des europäischen Sozialmodells zu stabilisieren: die Erwerbsarbeit und die Sozialsysteme, die eng miteinander verbunden sind. Eine höhere Energie- und Ressourcenproduktivität schafft Raum für mehr Arbeit, weil sie hohen Verbrauch durch Technologien und menschliche Arbeit reduziert.

## 7. Gute Arbeit – Arbeit für alle

Die Massenarbeitslosigkeit ist und bleibt die größte Herausforderung an sozialdemokratische Politik. Dieser Herausforderung wird man weder mit der Losung vom »Ende der Arbeit«, noch mit dem genauen Gegenteil »Arbeit um jeden Preis« gerecht werden.

Beiden Antworten müssen wir widersprechen: Die Erwerbsarbeit bleibt unter den Bedingungen der realen Arbeitsgesellschaft der zentrale Schlüssel für gesellschaftliche Integration und gleichberechtigte Beteiligung. Die Forderung nach einer unbedingten Arbeitsmarktintegration übersieht andererseits, dass Erwerbsarbeit nur unter qualitativen Bedingungen der Schlüssel der Integration und der Beteiligung sein kann. Diese Bedingungen betreffen den Vollzug der Arbeit als auch deren Entlohnung. Deshalb geht es uns um gute und ausreichend entlohnte Arbeit.

Gute Arbeit ist keineswegs eine Utopie, sondern in vielen Unternehmen bereits Wirklichkeit. Für die Mehrheit der Arbeitnehmer haben sich nämlich die Bedingungen ihrer Arbeit seit den Anfängen industrieller Arbeit stetig verbessert. Nicht zuletzt durch Anstrengungen sozialdemokrati-

scher Bildungspolitik wussten viele Unternehmen die Vorteile einer besser qualifizierten Arbeitnehmerschaft zu nutzen. Um deren Arbeitsvermögen möglichst umfassend zu nutzen, standen sie ihren Beschäftigten eine größere Autonomie und bessere Arbeitsbedingungen zu. Die Kehrseite dieser Entwicklung ist eine enorme Verdichtung und Entgrenzung der Erwerbsarbeit – mit der Folge, dass die Beschäftigten den Anforderungen ihrer Arbeit langfristig nicht gewachsen sind und ihr Arbeitsvermögen verbraucht wird. Wenn sich alle Lebensbereiche den Anforderungen der Erwerbsarbeit fügen müssen, wird die Freiheit zum selbstbestimmten Leben drastisch beschränkt.

Weil Erwerbsarbeit unter den gegebenen Bedingungen Schlüssel für gesellschaftliche Integration und Beteiligung ist, müssen wir auf zwei Sachverhalte politische Antworten geben,

- auf die zunehmende und neuartige Überbelastung der Arbeitenden durch Intensivierung und Beschleunigung bei hoher Autonomie in der Arbeit und
- auf die Ausgrenzung von relevanten Bevölkerungsgruppen aus der Erwerbsarbeit.

### *Qualifikation – Schlüssel für gute Arbeit*

Ausreichende und richtige Qualifikationen sind nicht nur Bedingung dafür, um überhaupt auf den Arbeitsmärkten erfolgreich sein zu können, sondern um in den Unternehmen gute Arbeit vorzufinden. Diese Qualifikationen werden nicht ein für alle Mal erworben und stehen dann für das gesamte berufliche Leben zur Verfügung. Sie müssen ständig erneuert und ausgebaut werden.

Dass Bildung und Ausbildung ein Schlüsselthema sozialdemokratischer Politik ist, darüber besteht Konsens. Dabei geht es nicht nur um die schulische Bildung und Ausbildung, bei der nur dann eine größere Chancengleichheit erreicht werden kann, wenn Menschen in ihrem Leben angemessene zweite, dritte und weitere Chancen eingeräumt werden. Es geht auch um die berufsbegleitende Aus- und Weiterbildung, zu denen alle Erwerbstätigen einen gleichberechtigten Zugang finden müssen.

Höhere Qualifikationen produzieren von sich aus Nachfrage nach Gütern, die sie nicht nur für die Teilnahme am Erwerbsleben, sondern auch für die Beteiligung in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen benötigen. Unser Bildungs- und Ausbildungssystem muss deshalb die Menschen auch

besser befähigen, ihr Leben selbstverantwortlich zu leben. Orientierungswissen, zivilisatorische, soziale, kognitive und nicht zuletzt musische Kompetenzen können – neben der Förderung ihres Arbeitsvermögens – die Möglichkeiten selbstbestimmten Lebens erweitern.

### *Rechte*

Gute Arbeit muss man in vielen Fällen den Unternehmen nicht politisch abtrotzen, weil sie mit einer optimalen Nutzung des Arbeitsvermögens übereinstimmen. Eine realistische Politik guter Arbeit weiß jedoch, dass diese Übereinstimmung immer prekär und zudem materiell und personell begrenzt sein kann.

Sozialdemokratische Politik trägt daher Sorge dafür, diese Übereinstimmung im Interesse der Beschäftigten auszuweiten und dauerhaft zu machen. Dazu sind die Bedingungen guter Arbeit in möglichst belastbare Rechte umzuformen, die

- *erstens* von allen Beschäftigten wahrgenommen werden können und
- *zweitens* auch in Situationen erhalten bleiben, in denen sie nicht zum kurzfristigen Vorteil ihrer Unternehmen sind.

Entsprechende Rechte sorgen für eine Verallgemeinerung und eine Verfestigung guter Arbeit. Darüber hinaus bedarf es belastbarer Rechte, mit deren Hilfe die Beschäftigten einen pfleglichen Umgang mit ihrem Arbeitsvermögen durchsetzen können. Eine nachhaltige Nutzung des Arbeitsvermögens ist auch im langfristigen Interesse der Unternehmen, wenngleich sie bei ausschließlich kurzfristiger Betrachtung deren betriebswirtschaftlicher Logik zu widersprechen scheint. Zu diesen Rechten gehört zum Beispiel, dass die Arbeitnehmer im eigenen Interesse »Auszeiten« nehmen können. Ebenso muss die zunehmende Flexibilisierung der Arbeit soziale Regeln bekommen – weil Flexibilität gerade dadurch erst ermöglicht wird.

### *Arbeit für alle*

Die Schere zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage muss geschlossen werden. Arbeitsmarktpolitik trägt dazu bei, die individuellen Barrieren am Arbeitsmarkt zu beseitigen. Sie kann aber nicht die strukturellen Defizite beheben. Mehr Beschäftigung wird daher nur durch Impulse auf den dem Arbeitsmarkt vorgelagerten Märkten, in der Wissenschaft und vor allem

auf den Dienstleistungs- und Gütermärkten möglich. Wir erwarten auch eine Zunahme der Nachfrage nach personenbezogenen und ökologischen Dienstleistungen.

Nach den Erfahrungen gibt es jedoch keinen Königsweg aus der heutigen Arbeitslosigkeit. Deswegen halten wir auch weiterhin eine Umverteilung der Arbeitszeit auf die Erwerbspersonen für notwendig. Wenn auch der Weg einer kollektiven Verkürzung der Wochenarbeitszeit schwieriger geworden ist und in vielen Betrieben in Übereinstimmung zwischen Unternehmen und Betriebsräten bzw. Gewerkschaften faktisch verlassen wurde, bestehen noch zahlreiche intelligente Möglichkeiten, die jeweils vorhandene Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen. Staatliche Rahmenseetzungen machen viele der dazu notwendigen Arbeitszeitregime erst wahrscheinlich. Zudem stehen der Bund, die Länder und die Kommunen als größter Arbeitgeber selbst in der Verantwortung, seine Arbeitsorganisation fortzuentwickeln.

Fehlende Qualifikationen sind für die Betroffenen eine zunehmend höhere Barriere für ihre dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt. Deshalb müssen niedrig und schlecht qualifizierte Erwerbspersonen, möglichst bevor sie in die Arbeitslosigkeit fallen, durch geeignete Qualifizierungsangebote unterstützt werden.

Wenn Arbeitslosigkeit von Dauer ist, bedürfen die Betroffenen zumeist nicht nur qualifikatorischer Maßnahmen, sondern auch einer intensiven Betreuung. Diese kann ihnen auf dem ersten Arbeitsmarkt in der Regel nicht geboten werden. Deshalb halten wir Sozialdemokraten einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt für notwendig, auf dem auch diejenigen Erwerbspersonen eine berufliche Zukunft finden, die den Anforderungen des Arbeitsmarkts nicht gewachsen sind.

### *Demografischer Wandel in der Arbeitswelt*

Der demographische Wandel zeichnet sich langfristig ab. Deshalb lässt er sich mit einer in langen Fristen rechnenden Politik bewältigen. Während die Probleme bei der Alterssicherung öffentlich präsent sind, ist der demografische Wandel bei den Erwerbspersonen politisch noch wenig bewusst: Die Menschen werden flexibler arbeiten müssen, können oder wollen. Die Belegschaften werden durchschnittlich älter und der Altersspielraum größer.

Staatliche Politik hat die privatwirtschaftlichen Akteure auf diesen demografischen Wandel erst noch vorzubereiten und zugleich die geeigneten Voraussetzungen für längeres Arbeiten in altersgemischten Belegschaften zu schaffen. Dazu gehören sowohl Angebote der Gesundheitsvorsorge und Qualifikation wie auch Möglichkeiten eines allmählichen Übergangs aus der Erwerbsarbeit in die Altersruhezeit. Wir Sozialdemokraten sehen uns gefordert, eine Gesellschaft und Wirtschaft mit zu formen, die das Wissen, die Erfahrungen und Fertigkeiten älterer Menschen nutzen und ihnen geeignete Möglichkeiten zur Beteiligung gewähren.

### *Verlässliche soziale Absicherung*

Individuelle Risiken von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die gesamtwirtschaftlicher Natur sind, verlangen eine gesamtwirtschaftliche Absicherung. Die *Arbeitslosenversicherung* ist nicht die Ursache von Arbeitslosigkeit, sondern eine angemessene Reaktion auf eine ökonomische Entwicklung. Ähnliche Risiken, die im Kern vom Einzelnen nicht zu beeinflussen sind und daher gesamtwirtschaftlicher Absicherungen bedürfen, sind Alter und Krankheit.

Ökonomisch sinnvoll ist weiterhin eine einkommensabhängige Finanzierung der *Rentenversicherung*, weil dadurch nicht nur ein Anreiz zur Beschäftigung entsteht, sondern auch das Äquivalenzprinzip gewahrt bleibt. Versicherungsfremde Leistungen, durch die das Äquivalenzprinzip gebrochen wird, müssen steuerfinanziert werden. Dazu gehört der Finanzierungszuschuss für die Renten in Ostdeutschland als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Im *Gesundheitssystem* treten wir für einen Systemwechsel zur Bürgerversicherung ein. Gleichzeitig kann auf durchgreifende Strukturreformen nicht verzichtet werden, die den Wettbewerb in der Pharmaindustrie und unter den Ärzten steigern und damit zur Kostendämpfung beitragen. Zudem brauchen wir eine stärkere Ausrichtung auf eine vorsorgende Gesundheitspolitik.

### *Vorsorgende Sozialpolitik: Investition in das Arbeitsvermögen*

Eine vorsorgende Sozialpolitik ist an erster Stelle Bildungspolitik. Bildung ist ein Gut, von dessen Existenz die Volkswirtschaft insgesamt noch mehr

profitiert als der Einzelne. Denn nur mit gut ausgebildeten Arbeitskräften lassen sich ein hoher Beschäftigungsstand und hohe Löhne erreichen. Nur in einer solchen Volkswirtschaft werden dann auch diejenigen, die schlechter ausgebildet sind und unter Qualifikationsmängeln leiden, Beschäftigung – in der Regel in niedrig produktiven Dienstleistungsbereichen – finden. Eine der wichtigsten sozial- aber auch wirtschaftspolitischen Aufgaben ist daher, das Bildungssystem in Deutschland zu einem der besten der Welt zu machen. Dies ist eine notwendige Voraussetzung, dass Deutschland in Zukunft im globalen Wettbewerb bestehen kann.

Anders als bisher sollten Erziehung und Bildung im Kindergarten in den Mittelpunkt öffentlicher Bemühungen gestellt werden. Die kreative Lernbereitschaft und -fähigkeit von Kleinkindern muss stärker gefördert werden, um ein Potenzial zu entwickeln, das in einer späteren Lebensphase nicht mehr entstehen kann. Gerade deshalb muss der Zugang zum Kindergarten für die Kinder aus sozial schwachen Familien besonders einfach sein.

Weiterhin muss das Schulsystem grundlegend in Richtung mehr Integration und Ganztagschule reformiert werden. Diese Reformen erfordern eine Umschichtung der öffentlichen Mittel in Richtung Länder und Kommunen zur Finanzierung des Bildungssystems. Eine Neufestsetzung der Steueranteile der Gebietskörperschaften ist daher unumgänglich.

Eine Schlüsselfunktion für künftige Investitionen in das gesellschaftliche Arbeitsvermögen hat die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf. Dies entscheidet über die Erwerbsbeteiligung der Frauen. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ermöglicht die gleichberechtigte Teilhabe aller am Erwerbsleben. Dem müssen Arbeitszeitpolitik und Betreuungsangebote für Kinder Rechnung tragen. Damit verbunden wäre eine Expansion der Beschäftigung bei den personenbezogenen Dienstleistungen, die Entwicklung eines neuen qualifizierten Erwerbspotenzials und die langfristige Sicherung der sozialen Systeme.

Zu einer aktiven Politik der Verbesserung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens gehören auch mehr öffentliche Investitionen in die Infrastruktur. Auch dies ist ein notwendiges Angebot an öffentlichen Gütern. In den vergangenen Jahren ist der Anteil der öffentlichen Investitionen am BIP drastisch gesunken. Dieser Trend muss umgekehrt werden, um dem Verfall der öffentlichen Infrastruktur Einhalt zu gebieten und die Voraussetzungen für künftiges Wachstum zu verbessern.

## 8. Europäische Wirtschaftspolitik für Wachstum und Beschäftigung

Weder Deutschland, noch Europa können sich bei der Verwirklichung ihrer politischen und gesellschaftlichen Ziele den Bedingungen der Globalisierung entziehen. Schon seit längerem findet eine rasante weltwirtschaftliche Integration der Kapital- und der Gütermärkte statt. Mit Verzögerung, aber gleichwohl unübersehbar folgt der Arbeitsmarkt. Arbeitskräfte bieten sich zunehmend global an, mit neuen Chancen für Hochqualifizierte und erheblichen Risiken für weniger Qualifizierte im Wettbewerb mit den Arbeitskräften aus armen Regionen der Weltwirtschaft.

Mehr Chancen bietet die Globalisierung für Investitionen, für die das notwendige Kapital weltweit bezogen werden kann und auf den Gütermärkten, die neue und billigere Produkte anbieten. Beides kann den Nutzen erhöhen und die Kaufkraft der privaten Haushalte stärken. Globalisierung vermehrt aber auch die Risiken. Krisen wie die seit Mitte 2000 andauernde weltweite Stagnation greifen unmittelbar auf Deutschland und Europa über. Ein Abkoppeln gibt es nicht mehr.

Die Wirtschaftspolitik muss sich im Verein mit Sozial- und Finanzpolitik diesen Risiken stellen. Dazu bedarf es der Unterscheidung der verschiedenen Handlungsebenen. Es geht um individuelle Risiken, die im Kern vom einzelnen nicht zu beeinflussen und daher gesamtwirtschaftlicher Natur sind, und um gesamtwirtschaftliche Risiken, denen in nationaler oder in europäischer Kompetenz zu begegnen ist. Weil diese Risiken nicht voneinander zu trennen sind, lassen sich drei Anforderungen an eine wirtschaftspolitische Strategie der SPD ableiten:

- *Erstens:* Insofern gesamtwirtschaftliche Risiken den Einzelnen treffen, braucht es eine verlässliche soziale Absicherung, um zur Sicherung von Einkommen und über die Aufrechterhaltung von Nachfrage zur Beschäftigung beizutragen.
- *Zweitens:* Um das Entstehen der Risiken zu vermindern, ist die Schaffung von Standortbedingungen nötig, die es den Unternehmen ermöglicht, im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.
- *Drittens:* Um Stabilität für wirtschaftliches Handeln zu schaffen, ist eine konjunkturelle Stabilisierungspolitik im europäischen Rahmen zu entwickeln.

Alle drei Elemente einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik ergeben zusammen ein Konzept, das die gesamtwirtschaftliche Verantwortung des Staates beschreibt. Es geht um ein Konzept, das die Wirtschaft fördert, indem hohe Risiken für die Einzelnen und für die Volkswirtschaft begrenzt

werden. Erst dies ermöglicht eine stetige Entwicklung und bietet damit auch den Unternehmen ein hohes Maß an Sicherheit. Es schafft damit eine wesentliche Voraussetzung für die Bereitschaft, produktive Wagnisse einzugehen, die die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben.

Eine angemessene konjunkturelle Stabilisierungspolitik muss seit der Währungsunion in erster Linie im europäischen Kontext erfolgen. Was für die Weltwirtschaft gilt, gilt erst recht im europäischen Währungsraum. Aufgrund der engen Handels- und Kapitalverflechtung kann sich Deutschland nicht aus dem europäischen wirtschaftlichen Verbund lösen. Dieser wird nicht nur dichter, sondern dehnt sich mit der immer stärkeren Integration der osteuropäischen Länder auch weiter aus. Der Handel mit den osteuropäischen Beitrittsländern ist inzwischen für die deutsche Wirtschaft bedeutsamer als der Handel mit den USA.

Für eine *Stabilisierungspolitik im europäischen Kontext* ist primär die Geldpolitik zuständig, die, solange die Preisstabilität nicht gefährdet ist, den wesentlichen Beitrag zur konjunkturellen Stabilisierung leisten muss. Sie hat einen besonders starken und lang anhaltenden Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung. Dieser Aufgabe hat die Europäische Zentralbank sich bisher in ungenügendem Umfang gewidmet. Das hat dazu beigetragen, dass die konjunkturelle Erholung im Euroraum zögernd verläuft.

Die zweite Säule der Stabilisierungspolitik muss die Finanzpolitik sein. In Kombination mit der Geldpolitik im gesamten Euroraum könnte sie eine Stabilisierung erreichen und – weil im Kern noch in nationaler Verantwortung – den spezifischen Entwicklungen in den einzelnen Volkswirtschaften genügen. Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt muss so interpretiert werden, dass mehr Flexibilität möglich ist. In konjunkturellen Schwächephasen müssen auch höhere Defizite möglich werden, um die Konjunktur auch mit Hilfe der Finanzpolitik wieder in Gang zu bringen. In Zeiten besserer Konjunktur muss die Konsolidierung im Vordergrund stehen, dann müssen die Restriktionen des Stabilitäts- und Wachstumspakts greifen.

## 9. Globale Solidarität und Frieden

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geht Solidarität über die Grenzen Deutschlands und Europas hinaus. Wir wollen, dass die großen Chancen der Globalisierung von allen Menschen genutzt werden können.

Und wir begegnen den Risiken mit globaler Solidarität. Wir leben in einer Welt.

Alle Menschen haben Anspruch darauf, dass eine gerechte Weltwirtschaftsordnung verwirklicht und die natürlichen Ressourcen unserer Welt bewahrt werden. Gerechtigkeit ist auch im internationalen Rahmen unser Ziel. Eine Weltwirtschaft, in der 1,2 Milliarden Menschen am Tag mit weniger als einem US-Dollar auskommen müssen, widerspricht der gerechten Verteilung von Lebenschancen. Eine Weltordnung, die ganze Regionen in Armut und Rückständigkeit belässt, die Erfahrungen von Ungerechtigkeit, Aussichtslosigkeit und Demütigung produziert, ist weder friedens- noch zukunftsfähig.

Die Menschen in den Entwicklungsländern wollen und können ihre Zukunft selbst gestalten – vorausgesetzt, dass die Industriestaaten ihren Teil dazu beitragen. Sie müssen ungerechte Handelsstrukturen überwinden und die Belastung der Umwelt durch ihren Energie- und Ressourcenverbrauch beschränken.

Internationale Organisationen, internationale Rechtsstaatlichkeit und die Entwicklung einer internationalen Zivilgesellschaft sind Voraussetzungen dafür, dass die Globalisierung gerecht gestaltet werden kann. Nur so können die Kräfte des Kapitalismus unter den Bedingungen der Globalisierung gebändigt werden. Die internationalen Institutionen müssen demokratisch gestaltet werden. Und vor allem: Die Entwicklungsländer müssen in ihnen gleichberechtigt vertreten sein. Dazu bedarf es eines rechtlichen Rahmens: Wir wollen, dass sich die Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren durchsetzt.

Wir setzen auf die Kraft regionaler Zusammenschlüsse. Die europäische Integration hat uns Frieden gebracht und den Wohlstand gemehrt. Sie sollte andere regionale Zusammenschlüsse – gerade auch in den Entwicklungsländern – ermutigen, einen ähnlichen Weg zu beschreiten. Eine multipolare Ordnung wird nur mit starken und selbstbewussten Partnern funktionieren.

Die zunehmende internationale Verflechtung mehrt den Wohlstand, aber sie regelt nicht seine Verteilung. Wir wollen eine konsequente Armutsbekämpfung. Wir wollen, dass alle Menschen satt werden und Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. Wir wollen, dass alle Kinder die Chance auf Bildung erhalten. Wir wollen, dass Frauen in allen Regionen der Welt gleichberechtigt sind. Und wir wollen die großen Epidemien wie Aids und Malaria besiegen.

Die Entwicklungsländer müssen von ihrer Schuldenlast befreit werden. Deshalb werden wir die Politik der Entschuldung für die ärmsten Länder konsequent fortsetzen. Die Entwicklungsländer ihrerseits müssen die Armutsbekämpfung in den Mittelpunkt stellen. Wir halten an dem internationalen Ziel fest, dass 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stehen sollen. Wir werden dieses Ziel in Deutschland schrittweise erreichen.

Wir wollen einen gerechten Welthandel. Dazu müssen die Industrieländer ihre Märkte öffnen und die Subventionierung ihrer Agrarprodukte und Agrarexporte beenden. Jede und jeder kann durch die Unterstützung des Fairen Handels einen Beitrag zu einer gerechteren Entwicklung leisten.

Handelsliberalisierung ist kein Selbstzweck. Sie soll zu wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung führen und einen Beitrag zur Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern leisten. Das Leitbild für die internationale Handelspolitik ist das Konzept der nachhaltigen Entwicklung.

Die internationalen Finanzmärkte haben die Aufgabe, den Menschen zu nutzen und den Wohlstand zu steigern. In der Realität entziehen sich die Finanzströme jedoch immer mehr der Kontrolle. Deshalb wollen wir für die Finanzmärkte einen klaren Ordnungsrahmen. Während die Weltwirtschaft immer stärker global vernetzt ist, verharrt die Steuerpolitik in ihrem nationalen Rahmen. Auch in der Steuerpolitik muss das Denken an die globalen Maßstäbe angepasst werden. Wir wollen, dass die Unternehmenssteuern global transparent sind.

Globale öffentliche Güter – wie zum Beispiel Frieden und Sicherheit, der Schutz vor Seuchen und finanzielle Stabilität – werden in der Zukunft international erbracht werden müssen. Sie werden dann auch international finanziert werden müssen. Deshalb ist es notwendig, dass die internationale Staatengemeinschaft derartige Möglichkeiten prüft – zum Beispiel im Bereich der Devisentransaktionen oder durch globale Nutzungsentgelte.

Das oberste Ziel unserer Politik bleibt der Frieden. Das 19. und 20. Jahrhundert waren geprägt von zwischenstaatlichen Kriegen. Die Konflikte der Zukunft werden eine andere Gestalt haben. Entstaatlichte Gewalt, zerfallende Staaten, Bürgerkriege und Terrorismus nehmen an Bedeutung zu. Die Welt muss auf diese neue Formen von Gewalt die richtigen Antworten finden. Krieg darf unter keinen Umständen zu einem Mittel der Politik werden. »Präventivkriege« verstoßen gegen das Völkerrecht. Wir lehnen sie ab.

Unsere Politik zielt auf die konsequente Prävention von Kriegen. Die Abrüstungspolitik muss fortgesetzt werden. Kein Staat darf sich den Abrüstungs- und Nichtverbreitungspflichten bei den Massenvernichtungswaffen entziehen.

Wirtschaftlicher Wohlstand und die Bekämpfung von Armut sind die Grundlage für ein friedliches Miteinander. Wo Hunger und Elend herrschen, kann Frieden nicht Bestand haben. Wer den internationalen Terrorismus, wer Hoffnungslosigkeit, wer privatisierte Gewalt bekämpfen will, der muss die Armut und Unterdrückung in der Welt überwinden.

In wenigen Jahren wird die Hälfte der Weltbevölkerung jünger als 25 Jahre sein. Wir wollen, dass die Jugend eine gute Zukunft hat. Überall auf der Welt.